



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10596**  
Datum: 08.06.2012  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Herr Johannes Krause  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.04.2012	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung	26.06.2012	öffentlich Vorberatung
Kulturausschuss	06.06.2012	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	13.06.2012	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss		öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung eines geeigneten Geländes für Freiluft-Tanzveranstaltungen**

### Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur **Juli**-Sitzung des halleschen Stadtrates einen geeigneten Ort im Stadtgebiet vorzuschlagen, der zur dauerhaften Nutzung für Musik-Tanz-Veranstaltungen unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt werden kann.
2. Sofern ein solches Gelände gefunden wird, sind Bestimmungen zu erarbeiten, die die Nutzung des Geländes regeln. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob eine Anpassung betroffener Satzungen und Ordnungen notwendig ist.
3. Das Verfahren zur Beantragung von Veranstaltungsgenehmigungen auf dem ausgewählten Gelände soll möglichst bürgerfreundlich gestaltet werden.

gez. Johannes Krause  
Fraktionsvorsitzender

### **Begründung:**

In den letzten Jahren haben sich sogenannte Spontanpartys – deren Besucher vorrangig junge Leute sind – als Teil der halleschen Musikszene etabliert. Der Großteil dieser Feiern stellt eine Plattform für junge Musiker dar, um ihrer künstlerischen Ausdrucksform Raum zu geben.

Die in der Vergangenheit vor allem spontan organisierten Partys führten durch nicht existente Regelungen zu Konflikten zwischen den Partybesuchern einerseits und den Anwohnern sowie Naturschutzbelangen andererseits. Oft musste schließlich die Polizei einschreiten.

Mit der Zurverfügungstellung eines geeigneten Geländes sowie regelmäßiger gegenseitiger Information zwischen Stadtverwaltung und Veranstaltern besteht die Möglichkeit, aus der Durchführung von Spontanpartys resultierende Konflikte zu entschärfen. Die Verwaltung hatte im August 2011 zugesagt, einen geeigneten Ort zu suchen.